



## Der Ukrainekrieg, die Rivalität der großen Mächte und die Selbstbehauptung Europas

Vortrag von General a.D. Harald Kujat am 13.02.2024

April 2026

### Zusammenfassung

---

*„Wer die Gegenwart besser verstehen möchte, sollte mit der Vergangenheit vertraut sein.“*

Dieser Vortrag wurde von General a.D. Harald Kujat am 13.02.2024 anlässlich einer Veranstaltung der Eurasien Gesellschaft e.V. in Berlin gehalten. Obwohl zwei Jahre alt, ist dieser Vortrag noch immer hochaktuell.

Der Ukrainekrieg ist nicht nur eine militärische Auseinandersetzung, sondern auch ein Wirtschafts- und Informationskrieg. Er hat die Bildung konkurrierender geopolitischer Blöcke und das Entstehen einer multipolaren Weltordnung gefördert und Europa an eine Wegscheide geführt. Es geht in diesem Krieg nicht nur um die Sicherheit und die territoriale Integrität der Ukraine, sondern auch um eine europäische Sicherheits- und Friedensordnung, in der alle Staaten des europäischen Kontinents ihren Platz haben. Immer stärker zeichnen sich aber auch die dramatischen weltwirtschaftlichen Konsequenzen dieses Krieges für den Industrie- und Wirtschaftsstandort Europa ab. Europa muss den Mut und die Kraft zur Selbstbehauptung und zu einer europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung aufbringen. Dabei fällt Deutschland nicht nur aufgrund der deutschen Friedensverfassung, sondern auch wegen der langfristigen geopolitischen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Entwicklungen eine besondere Verantwortung zu.

### ISPSW

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## Vortrag

---

Meine Damen und Herren,

ich freue mich, ein paar Anmerkungen zum Ukrainekrieg und zu den geopolitischen Entwicklungen machen zu können, die im Hintergrund eine Rolle spielen.

Da es um Krieg und Frieden geht, möchte ich meine Ausführungen unter ein Wort Thomas von Aquins stellen:

*Frieden zu begründen ist das Amt ordnender Weisheit.*

Ich hoffe, ich kann Sie davon überzeugen, dass dieser vor fast 800 Jahren gesprochene Satz auch heute noch aktuell ist.

### I.

Ich habe mit den Carl Friedrich von Weizsäcker-Gesellschaften Deutschlands, Österreichs und der Schweiz in mehreren Denkschriften für den Primat der Vernunft geworben. Das folgende Zitat stammt aus der 2015 veröffentlichten, mit dem Titel „*In den Krisen unserer Zeit*“:

*„Die Gefahr der heutigen Zeit besteht darin, dass sich die beiden Großmächte – die Vereinigten Staaten und Russland – nicht mehr als stabilisierende Führungsmacht übergreifender, wenngleich entgegengesetzter Systeme oder auch Ideologien, aber doch gegenseitig respektierender strategischer Interessen wahrnehmen, sondern vor allem als Vertreter nationaler Interessen. Das gilt mehr und mehr so für China und im Windschatten Chinas auch für Indien, und auch für regionale Mächte wie die Türkei und den Iran.“*

Seither ist immer deutlicher geworden, dass das 21. Jahrhundert geprägt ist vom Aufstieg Chinas als wirtschaftliche und militärische Weltmacht und von der Rivalität der großen Mächte, den Vereinigten Staaten, Russland und China. Der Ukrainekrieg hat Klarheit geschaffen, dass nur China und nicht Russland in der Lage ist, die Vereinigten Staaten als führende Weltmacht abzulösen. Die aktuelle Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten vom Oktober 2022 bestätigt diese Einschätzung wie folgt:

*„Die VR China ist der einzige Konkurrent, der sowohl die Absicht hat, die internationale Ordnung umzugestalten, als auch zunehmend die wirtschaftliche, diplomatische, militärische und technologische Macht dafür besitzt. Peking hat Ambitionen, eine erweiterte Einflussosphäre im Indopazifik zu schaffen und die führende Macht der Welt zu werden.“*

Deshalb verfolgen die Vereinigten Staaten im Ukrainekrieg das Ziel, Russland, den zweiten geopolitischen Rivalen, politisch, wirtschaftlich und militärisch so weit zu schwächen, dass sie sich auf die Auseinandersetzung mit China konzentrieren können. Der dafür erforderliche militärische Aufwand ist gering. Mitch McConnell, der republikanische Fraktionsvorsitzende im Senat hat dies in der amerikanischen Fernsehsendung „Face the Nation“ so beschrieben: *„Wenn Sie sich die Hilfe für die Ukraine ansehen, lassen Sie uns darüber sprechen, wohin das Geld wirklich fließt. Ein erheblicher Teil davon wird in den Vereinigten Staaten in 38 verschiedenen Staaten ausgegeben, um die Waffen, die wir in die Ukraine geschickt haben, durch moderne Waffen zu ersetzen. Dadurch bauen wir unsre industrielle Basis wieder auf.“* Er fügte hinzu: *„In der Ukraine werden keine Amerikaner getötet. Wir bauen unsere industrielle Basis wieder auf. Die Ukrainer vernichten die Armee eines unserer größten Rivalen. Mir fällt es schwer, daran etwas Falsches zu finden. Ich finde es wunderbar, dass sie sich verteidigen.“*



Um ihr strategisches Ziel zu erreichen, brauchen die Vereinigten Staaten einen engen Schulterschluss mit Europa. Mit der gleichen Geschlossenheit wie gegen Russland sollen die europäischen Staaten möglichst auch in den Konflikt mit China eingebunden werden – und gemeinsam mit den regionalen Verbündeten Australien, Japan, Neuseeland und Südkorea ein indo-pazifisches Netzwerk von Partnern und Alliierten bilden.

Jedoch nicht nur die amerikanische Regierung, auch die Europäer haben offensichtlich die geostrategische Dynamik ihres Ukraine-Engagements unterschätzt. Der Ukrainekrieg ist ein Menetekel für Europa, entschlossen den Weg zu geopolitischer Selbstbehauptung einzuschlagen, politisch, wirtschaftlich, technologisch und nicht zuletzt militärisch.

Man könnte meinen, es sei ein kluger Schachzug der USA, zunächst Russland, den schwächeren der beiden geopolitischen Rivalen in einem Stellvertreterkrieg zu schlagen, um sich danach China, dem stärkeren Gegner zuzuwenden. Ich halte es jedoch für einen Fehler, was sich auch immer deutlicher abzeichnet. Wie der amerikanische Strategieexperte Harlan Ullman, bin ich der Meinung, dass die USA einen Fehler begehen, eine strategische militärische Zwei-Fronten-Konfrontation gegen China und Russland zu eröffnen. Harlan Ullman bezeichnete dies als „tickende Zeitbombe“.

Für die amerikanische Russland-Strategie ist Deutschland auf dem geopolitischen Schachbrett der Vereinigten Staaten eine besonders wichtige Figur. Für George Friedmann, ein angesehener amerikanischer Wissenschaftler, Geopolitiker und Publizist, konzentrierte sich das Hauptinteresse der amerikanischen Außenpolitik während des ganzen letzten Jahrhunderts auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Er ist überzeugt, dass beide Länder vereint – die einzige Macht wären, die die Vereinigten Staaten bedrohen könnte. Deshalb – so sagt er – muss Amerika sicherstellen, dass dieser Fall nicht eintritt. Die Urangst der Vereinigten Staaten, so Friedmann wörtlich, sei, dass *„deutsches Kapital und deutsche Technologien sich mit russischen Rohstoffen und russischem Produktionspotential verbinden. Eine einzigartige Kombination, vor der die USA seit einem Jahrhundert eine Höllenangst haben.“* Auch im Konflikt mit China ist die deutsche Haltung als NATO-Mitgliedstaat für die Vereinigten Staaten von großer Bedeutung.

## II.

Russland hat nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Auflösung des Warschauer Paktes die Nähe zur NATO gesucht. Der leitende Gedanke Russlands war eine enge Abstimmung mit dem Bündnis in Bezug auf die ehemals im Warschauer Pakt verbündeten Staaten und die inzwischen unabhängigen früheren Sowjetrepubliken, die baltischen Staaten. Was Russland im Sinn hatte, würde ich als eine Art Kondominium bezeichnen.

Mit dem Grundlagenvertrag 1997 und dem NATO-Russland-Rat wurde ein Mechanismus für Konsultation, Koordination geschaffen, und, im größtmöglichen Umfang, wo dies angebracht ist, für gemeinsame Entscheidungen und gemeinsames Handeln in Bezug auf Sicherheitsfragen von beiderseitigem Interesse, in Krisenzeiten und in Bezug auf jede andere Situation, die den Frieden und die Stabilität berührt.

Damit wurde eine Zeit der engen politischen Abstimmung und militärischen Zusammenarbeit eingeleitet. Aber der Kern des Dissenses zwischen den Vereinigten Staaten, der NATO und Russland war und ist immer noch eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine sowie eine größere Autonomie der Donbass-Region, wie im Minsk II-Abkommen vereinbart. Die Ukraine hatte sich verpflichtet, der russischsprachigen Bevölkerung bis Ende 2015



mehr Rechte, beispielsweise für die Nutzung der russischen Sprache und eine größere Selbstverwaltung einzuräumen, davon aber bis zum Kriegsbeginn nichts umgesetzt.

Aus Putins Sicht brachte der Zusammenbruch der Sowjetunion die bis dato ausgewogenen geopolitischen Kräfte aus dem Gleichgewicht. Russland will seinen Status als mit den Vereinigten Staaten gleichwertige nuklearstrategische Supermacht erhalten, den Einfluss der Vereinigten Staaten in Europa – zumindest in Osteuropa – zurückdrängen und als unverzichtbarer Rohstoff- und Energielieferant seine Weltmachtstellung sichern.

Der Ukrainekrieg ist eine militärische Auseinandersetzung, aber eben auch ein Wirtschaftskrieg und ein Informationskrieg; und er leitet eine neue Phase in der gegenwärtigen Weltordnung ein, die von der Rivalität der großen Mächte geprägt ist.

Und so erklärte Putin am 23. September 2022 auf der Waldai-Konferenz:

*„Nun geht die Periode grenzenloser westlicher Vorherrschaft im Weltgeschehen zu Ende. Die unipolare Welt wird in die Vergangenheit verbannt. Wir stehen an einem historischen Scheideweg. Uns steht das wohl gefährlichste, unberechenbarste und zugleich wichtigste Jahrzehnt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bevor. Dieser Zustand ist mit globalen Konflikten oder einer ganzen Kette von Konflikten behaftet, die eine Bedrohung für die Menschheit einschließlich des Westens selbst darstellen.“*

### III.

China verfolgt in Bezug auf den Ukrainekrieg einen moderaten Kurs. China ist davon überzeugt, dass die globalen Risiken seit dem Krieg gestiegen sind und die westlichen Länder dafür die Hauptverantwortung tragen, weil sie die bestehende internationale Ordnung zerstört haben. Der chinesische Außenminister Wang Yi erklärte, China sei bereit, die bilateralen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen China und Russland zu fördern und zum Aufbau einer multipolaren Welt beizutragen, was zum Niedergang der US-Hegemonie führen werde.

Außerdem hat Xi Jinping zum wiederholten Male erklärt, dass China bereit sei, die Vereinigung mit Taiwan auch militärisch durchzusetzen: *„Wir beharren darauf, die Aussicht auf eine friedliche Wiedervereinigung mit größter Aufrichtigkeit anzustreben. Es besteht jedoch keine Verpflichtung zum Gewaltverzicht, und die Möglichkeit, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, bleibt bestehen. Die vollständige Wiedervereinigung des Mutterlandes muss verwirklicht werden und kann sicherlich verwirklicht werden.“*

Noch verfügt China nicht über die militärischen Fähigkeiten, insbesondere über eine ausreichende Zahl amphibischer Kräfte, um Taiwan einzunehmen. Aber in wenigen Jahren wird das der Fall sein. Die Taiwan-Frage könnte zum Kulminationspunkt der amerikanisch-chinesischen geopolitischen Rivalität werden. Im Taiwan Relations Act von 1979 haben sich die Vereinigten Staaten verpflichtet, Taiwan Waffen zu liefern und andere Unterstützungsleistungen zu stellen, die für die Verteidigung notwendig sind. Hinsichtlich der Art des Beistands ist das Abkommen jedoch wenig konkret. Und bisher haben alle amerikanischen Regierungen eine Konkretisierung vermieden. Von dieser strategischen Zweideutigkeit ist Präsident Biden als erster amerikanischer Präsident abgewichen. Auf die Frage, ob amerikanische Streitkräfte im Falle eines chinesischen Angriffs auf Taiwan die Insel verteidigen würden, antwortete er: „Ja, wenn es tatsächlich zu einem nie dagewesenen Angriff käme.“

Auch nuklearstrategisch hat China zu den beiden nuklearen Supermächten USA und Russland aufgeschlossen. Admiral Charles Richard, der damalige Befehlshaber des US-Strategic Command sagte 2022 sogar: *„Diese*



*Ukrainekrise, in der wir uns gerade befinden, ist nur das Aufwärmen. Die große Krise kommt noch. Wir werden auf eine Weise getestet werden, wie wir es schon lange nicht mehr erlebt haben... Wenn ich den Grad unserer Abschreckung gegenüber China einschätze, dann sinkt unser Schiff langsam, aber es sinkt.“*

Auch die konventionellen Streitkräfte machen sowohl in technologischer Hinsicht als auch der Kampfkraft insgesamt große Fortschritte. China ist heute schon die zweitstärkste Militärmacht. In wenigen Jahren wird das chinesische Militär vollständig modernisiert sein und mit den USA gleichziehen, in wichtigen Teilbereichen wird China den USA sogar überlegen sein.

Die Spannungen zwischen den USA und China reichen bis in das Jahr 1949 zurück, einschließlich einer blutigen Konfrontation im Koreakrieg.

Vielleicht gelingt es, an den brillanten Schachzug Nixons 1972 anzuknüpfen, mit dem er ein freundschaftliches Verhältnis und umfassende Handelsbeziehungen einleitete.

#### IV.

Der Ukrainekrieg hat die Bildung konkurrierender geopolitischer Blöcke gefördert. Während die Vereinigten Staaten, die Europäische Union und die NATO näher zusammenrücken, ist um China und Russland bereits ein zweiter geopolitischer Block entstanden. Dessen Kern bilden die BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika sowie die Schanghai-Kooperations-Gruppe mit China, Indien, Iran, Kasachstan, Kirgisistan, Pakistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan. Allein die 5 BRICS-Kernstaaten, deren offizielle Ziele Frieden, Sicherheit, Entwicklung und Zusammenarbeit sind, repräsentieren 40 %, die westlichen G7-Staaten einschließlich Japan nur etwa 12,5 % der Weltbevölkerung. Ihr Bruttoinlandsprodukt ist größer als das der G7-Staaten.

China arbeitet mit Saudi-Arabien auf dem globalen Ölmarkt und der Nutzung der Nuklearenergie zusammen, hat den Beitritt zur BRICS-Gruppe massiv unterstützt und treibt die Bildung einer rohstoffbasierten Reservewährung als Konkurrenz zum Petrodollar und eine weltweite Leitwährung auf dem Gold-Standard voran. Auf dem Gipfeltreffen am 22./24. August 2023 in Johannesburg sind neben Saudi-Arabien, der Iran, die Vereinigten Arabischen Emirate, Argentinien, Ägypten und Äthiopien als neue Mitglieder aufgenommen worden. Zurzeit haben weitere 30 Staaten Interesse an einem Beitritt bekundet. Darunter, Algerien, Indonesien, Pakistan, Mexiko, Nicaragua, Uruguay und Venezuela und sogar zwei NATO-Staaten, Griechenland und die Türkei.

Der Krieg der Hamas gegen Israel erinnert an die drei Konfliktzonen, die das Potential für einen großen, möglicherweise weltweiten Krieg haben. Zum einen Europa mit dem Risiko der Ausweitung des Ukrainekrieges zu einem europäischen Krieg, einschließlich der Gefahr einer nuklearen Eskalation. Der Persische Golf und der Nahe Osten aufgrund der ungelösten Palästinafrage, der Rivalität zwischen Saudi-Arabien und dem Iran, dem Hegemonialstreben der Türkei und der Spannungen zwischen dem Iran und den USA. Schließlich das Südchinesische Meer und die Straße von Malakka wegen der Taiwanfrage und der Rivalität USA-China.

#### V.

Auch aus diesem Grund ist eine größere Bereitschaft der Europäer wichtig, die Fähigkeit zur Selbstbehauptung zu stärken und zu einem unabhängigen Faktor internationaler Stabilität mit der Fähigkeit zur Konfliktverhütung und Konflikteindämmung zu werden.



In der Energieversorgung bisher abhängig von Russland, in der Sicherheit von den Vereinigten Staaten, wirtschaftlich und technologisch – insbesondere in der Digitalisierung – sowohl von den Vereinigten Staaten als auch von China, durch die Sanktionen gegen Russland wirtschaftlich und machtpolitisch gravierend geschwächt, durch innere Widersprüche und zentrifugale Kräfte mit selbstgemachten Herausforderungen ringend, ist Europa in der Machtarithmetik der Großmächte immer weiter ins Hintertreffen geraten.

Wie notwendig eigenständige europäische Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten sind, zeigt bereits ein Blick an die europäische Peripherie. Dort liefern sich die Großmächte seit Jahren eine Auseinandersetzung um Einflusszonen, die Regionalmächte einen Stellvertreterkrieg um regionale Dominanz und ethnische und religiöse Minderheiten um Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Übervölkerung, religiöse Gegensätze sowie die Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen durch große Dürrekatastrophen in einer Zone, die sich vom Nahen Osten bis nach Afrika erstreckt, bilden den Nährboden für islamistische und fundamentalistische Terrorgruppen.

Der Ukrainekrieg hat Europa an eine Wegscheide geführt. Es geht in diesem Krieg nicht nur um die Sicherheit und die territoriale Integrität der Ukraine, sondern auch um eine europäische Sicherheits- und Friedensordnung, in der alle Staaten des europäischen Kontinents ihren Platz haben. Immer stärker zeichnen sich aber auch die dramatischen weltwirtschaftlichen Konsequenzen dieses Krieges für den Industrie- und Wirtschaftsstandort Europa ab.

## VI.

Der Ausgangspunkt eines Krieges ist eine bestimmte politische Konstellation, er hat politische Ursachen. Der Krieg führt zu einer neuen politischen Lage, die, wenn sie Bestand haben soll, politisch vereinbart sein muss. Deshalb forderte Clausewitz, dass die Politik in einem Krieg die Oberhand behalten und trotz der Kampfhandlungen fortgesetzt werden muss. Daraus folgt ein dualer Ansatz aus gesicherter Verteidigungsfähigkeit und gleichzeitigem Bemühen um einen Verhandlungsfrieden. Sind Politik und Diplomatie, wie es in diesem Krieg der Fall ist, suspendiert, dann ist der Krieg, wie es Clausewitz definiert, *„ein Akt der Gewalt, und es gibt in der Anwendung derselben keine Grenzen; so gibt jeder dem anderen das Gesetz, es entsteht eine Wechselwirkung, die dem Begriff nach zum Äußersten führt.“* Wir bezeichnen das heute als Eskalation. Und genau das sehen wir von Anbeginn.

Die geostrategische Lage Russlands und der USA – der beiden Hauptakteure in diesem Krieg – könnte nicht gegensätzlicher sein.

Aus einer geostrategisch vorteilhaften Lage, geschützt durch zwei Weltmeere, mit einem Alliierten im Norden und einem befreundeten Staat im Süden, haben die geostrategischen Faktoren Raum und Zeit für die Vereinigten Staaten keine besondere Bedeutung, denn sie sind mit konventionellen Mitteln nicht angreifbar. Die Vereinigten Staaten sind eine Luft- und Seemacht.

Im Gegensatz dazu sind Raum und Zeit für Russland wegen seiner großen Landmasse – umgeben von vielen Staaten und Krisenregionen – von existenzieller Bedeutung. Auch aus historischen Gründen strebt Russland im besonderen Maße nach militärischer Sicherheit. Russland ist weder bereit, seine Geschichte abzustreifen noch kann es seiner geostrategischen Lage entkommen. Das russische Sicherheitsbedürfnis ist deshalb ein anderes als das der USA. Das drückt sich beispielsweise in der Nukleardoktrin Russlands aus, in der es heißt, dass Nuklearwaffen nur dann eingesetzt werden, wenn Russland selbst mit Nuklearwaffen angegriffen wird oder eine



existenzielle Bedrohung durch einen konventionellen Krieg für das russische Volk und das Land entsteht. Dieser Terminus, «existenzielle Bedrohung», ist ein Schlüsselbegriff zum Verständnis der russischen Strategie. Obwohl historische Vergleiche oft kritisch zu sehen sind, sind die geostrategischen Ursachen des Ukrainekrieges durchaus mit denen der Kubakrise vergleichbar.

Im gegenwärtigen Informationskrieg wird der russische Angriff auf die Ukraine auch damit erklärt, dass Putin den Zerfall der Sowjetunion revidieren und durch sein imperialistisches Machtstreben Risiken für andere Staaten entstehen; beispielsweise für die baltischen Staaten, den ehemalige Sowjetrepubliken. Der angesehene Historiker Prof. Münkler erklärte vor einiger Zeit in einem Interview, *Putin hat sich die Wiederherstellung des russischen Imperiums zum Ziel gesetzt.* Putin bestreitet das: *„... niemand will uns glauben, niemand will glauben, dass wir nicht versuchen, die Sowjetunion zurückzubringen“.* Und er fügte hinzu: *„Wer die Sowjetunion nicht vermisst, hat kein Herz. Wer sie sich zurückwünscht, keinen Verstand.“*

Und auf der letzten Waldai-Konferenz im Oktober 2023 erklärte er: *„Die Krise in der Ukraine ist kein Konflikt um ein Territorium, das möchte ich betonen. Russland ist das größte, das territorial riesigste Land der Welt. Wir haben kein Interesse an der Zurückeroberung bestimmter weiterer Territorien.“*

Ich hatte eingangs schon auf die Jahre der engen politischen Abstimmung und der militärischen Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland hingewiesen.

Der strategische Wendepunkt im Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Russland war 2002 die einseitige Kündigung des 1972 geschlossenen, für das nuklearstrategische Gleichgewicht so wichtige ABM-Abkommen über strategische Raketenabwehrsysteme. Am 1. Februar 2019 kündigte Trump auch einseitig das für Europas Sicherheit entscheidende INF-Abkommen, obwohl er noch 6 Monate zuvor (am 12. Juli 2018) gemeinsam mit allen NATO-Staats- und Regierungschefs erklärt hatte: *„Der INF-Vertrag ist entscheidend für die euro-atlantische Sicherheit und wir bleiben diesem wegweisenden Rüstungskontrollvertrag verpflichtet.“* Schließlich kündigten die Vereinigten Staaten 2020 auch den Vertrag über den offenen Himmel.

Das für die Sicherheit der Vereinigten Staaten wichtige New START-Abkommen mit Russland über die Begrenzung der interkontinentalstrategischen Nuklearsysteme wurde jedoch 2021 um 5 Jahre verlängert und trotz des Ukrainekrieges werden die Verhandlungen über eine Neufassung weitergeführt.

Der sicherheitspolitische Wendepunkt war der NATO-Gipfel 2008 in Bukarest, auf dem Präsident Bush mit großem Druck versuchte, eine Einladung an Georgien und die Ukraine für eine NATO-Mitgliedschaft durchzusetzen. Als er damit scheiterte, wurde, wie in solchen Fällen üblich, zur Gesichtswahrung eine vage Beitrittsperspektive in das Kommuniqué aufgenommen. Der heutige CIA-Direktor William Burns, damals US-Botschafter in Moskau, hatte die amerikanische Regierung gewarnt:

*„... man kann die strategischen Konsequenzen nicht hoch genug einschätzen – es wird einen fruchtbaren Boden für eine russische Intervention auf der Krim und im Osten der Ukraine schaffen ... Es besteht kein Zweifel, dass Putin scharf zurückschlagen wird.“*

Jedoch hat erst der von den USA inszenierte Staatsstreich im Februar 2014, der Bürgerkrieg im Donbass und die Verweigerung der Minderheitenrechte für die russischsprachige Bevölkerung, die im Minsk II-Abkommen vereinbart waren, das Fass zum Überlaufen gebracht.

Es gibt auch in den Vereinigten Staaten nicht wenige, die überzeugt sind, der Krieg hätte verhindert werden können, wäre ernsthaft über diese beiden Aspekte gesprochen worden: Keine NATO-Mitgliedschaft für die



Ukraine und größere Autonomie für die russischsprachige Bevölkerung des Donbass innerhalb des ukrainischen Staatsverbandes.

Der Krieg hätte auch nach sechs Wochen beendet werden können. Die Ukraine und Russland hatten in den Istanbul-Verhandlungen Ende März 2022 ein für beide Seiten akzeptables Ergebnis erzielt. Im Wesentlichen wurde vereinbart, dass die Ukraine auf eine NATO-Mitgliedschaft verzichtet und einen neutralen Status annimmt und sich im Gegenzug die russischen Truppen auf den Stand vom 23. Februar 2022 zurückziehen. Dieses Abkommen wurde von der Ukraine auf Druck des Westens nicht unterzeichnet.

## VII.

Zu Beginn des dritten Kriegsjahres ist es offensichtlich, dass sich wahrscheinlich in diesem Jahr das Schicksal der Ukraine entscheiden wird. Die Zukunft des Landes liegt in der Hand des Westens. Sie hängt jedoch auch davon ab, welche Kriegsziele Russland verfolgt. Will Russland verhindern, dass die Ukraine zu einem Vorposten der NATO wird und die bisherigen, überwiegend von einer russischsprachigen Bevölkerung bewohnten Eroberungen konsolidieren, oder will Russland die gesamte Ukraine erobern, um von dieser Ausgangsbasis Angriffe gegen andere Staaten, auch NATO-Staaten, zu führen?

*Die Zweifel nehmen zu, ob die USA die Ukraine auch langfristig unterstützen werden, insbesondere falls Trump als Präsident gewählt werden sollte. Könnten die Europäer die USA, wie es heißt, so lange es nötig ist, ersetzen?*

Die Ukraine braucht Geld, sie braucht militärische Ausrüstung, Waffen und Munition, aber ihr fehlen vor allem Soldaten. "Wir sind auf finanzielle Unterstützung angewiesen, sonst verlieren wir", erklärte Selenskyj. Fast die Hälfte des ukrainischen Staatshaushaltes wird vom Westen finanziert. Jede Verzögerung oder Verringerung des Mittelflusses könnte die staatliche Insolvenz auslösen, obwohl die Ukraine durch die allgegenwärtige Korruption selbst erheblich zu ihren finanziellen Problemen beiträgt. Solange der Krieg dauert, ist die Ukraine auf die umfassende militärische Unterstützung des Westens angewiesen. Noch viele Jahre darüber hinaus erfordern der Wiederaufbau und die wirtschaftliche Gesundung des Landes ein großes, langfristiges Engagement vor allem der Europäer.

Der Bundeskanzler hat sich bereits vor einiger Zeit an die Tete der Staaten gesetzt, die es der Ukraine ermöglichen sollen, den Krieg so lange fortzusetzen, wie sie es für erforderlich hält, und er hat die europäischen Staaten zu größerer Leistungsbereitschaft aufgefordert. Der Bundeskanzler hat offenbar auch einen wesentlichen Anteil daran, dass alle EU-Staaten, also auch Ungarn, dem europäischen Finanzierungspaket zugestimmt haben. Allerdings soll das letzte Paket über 50 Mia. EURO auf die Jahre 2024 bis 2027 aufgeteilt werden. Das ist im Vergleich zum amerikanischen Unterstützungspaket in Höhe von 60 Mia. USD nicht viel und deckt weder den ukrainischen Finanzbedarf zur Aufrechterhaltung der Regierungsfunktionen noch den militärischen Unterstützungsbedarf ab. Es verdichtet sich jedoch der Eindruck, dass die Europäer die USA möglicherweise vollständig ersetzen müssten, falls diese als Hauptunterstützer ausfallen. Sei es wegen der Weigerung des Kongresses, weitere Mittel freizugeben oder weil die Unterstützung nach einem Regierungswechsel nicht nur finanziell, sondern ganz eingestellt wird. Wegen der andauernden Schwierigkeiten das aktuelle Unterstützungspaket durchzusetzen, werden bereits Ersatzlösungen diskutiert. Beispielsweise könnten Japan und Südkorea, die keine Waffen in Kriegsgebiete liefern, Waffen an die USA zur Weiterleitung an die Ukraine abgeben. Eine andere Option wäre, dass die Europäer amerikanische Waffen bezahlen, die für die Ukraine bestimmt sind.



Die USA liefern jedoch nicht nur Geld und Waffen. Sie leisten einen erheblichen Beitrag zur Ausbildung ukrainischer Soldaten, liefern zeitnah Aufklärungs- und Zieldaten und wirken ganz entscheidend bei der Operationsplanung mit. Diese Leistungen können die europäischen Staaten nicht erbringen, falls Trump nach seiner Wahl zum Präsidenten einen radikalen Kurswechsel einleitet. Deshalb ist es verständlich, dass europäische Politiker, ausschließlich in Kriegsführungs-Szenarien denken, die ersten Erfolge Trumps im Vorwahlkampf mit ziemlichem Entsetzen verfolgen.

Im Westen wird die gegenwärtige Lage als Patt bezeichnet. Ich würde die gegenwärtige militärische Lage nicht als Patt bezeichnen. Die ukrainischen Streitkräfte haben nach der gescheiterten Offensive die Fähigkeit zu einer offensiven Landkriegsführung weitgehend verloren. Deshalb versuchen sie durch Angriffe auf russisches Territorium zu demonstrieren, dass sie weiter militärisch handlungsfähig sind. Dazu gehören auch Angriffe auf die Zivilbevölkerung, beispielsweise auf Belgorod oder Donezk. Künftig werden sicherlich auch die Anschläge durch Spezialkräfte auf die kritische Infrastruktur Russlands verstärkt.

An der militärischen Front haben die russischen Streitkräfte die Initiative übernommen. Allerdings sind sie nicht wie die ukrainischen Streitkräfte zu einer großangelegten Offensive angetreten, sondern setzen lokale Angriffsschwerpunkte mit dem Ziel, die bisherigen Eroberungen zu konsolidieren und größere Verluste zu vermeiden. Die gegenwärtigen russischen Schwerpunkte sind Awdijiwka, deren vollständige Eroberung den Weg für die Konsolidierung der östlichen Donbass-Region freimachen würde. Im Raum Kupjansk haben die Russen eine große Anzahl von Truppen zusammengezogen, die offenbar die Region Charkiw erobern sollen. Wahrscheinlich wollen die Russen auch Odessa einnehmen.

Die kritische Lage der Ukraine hat die USA dazu bewogen, eine neue Strategie zu entwickeln. Die ukrainischen Streitkräfte sollen vorerst in die strategische Defensive gehen, um aus fest ausgebauten Verteidigungsstellungen das Territorium, das sich noch unter ihrer Kontrolle befindet, zu halten und die hohen personellen Verluste zu reduzieren. Damit sollen die Voraussetzungen für eine langfristige Stärkung und größere Durchhaltefähigkeit des Militärs und der Wirtschaft geschaffen werden. Die 4-Phasen-Strategie (Fight, build, recover and reform), soll die Ukrainer davon überzeugen, dass in 10 Jahren ukrainische Streitkräfte mit großer Kampfkraft und somit einem hohen Abschreckungsfaktor entstehen. Aber bereits bis Ende 2024 soll die Kampfkraft der ukrainischen Streitkräfte wesentlich größer als heute sein.

Das bedeutet jedoch, dass der ukrainische Präsident sein Ziel, die Rückeroberung aller von Russland besetzten Gebiete einschließlich der Krim, aufgeben müsste. Für die Umsetzung dieser Strategie sollen die europäischen Verbündeten 10 Jahre lang spezifische Verpflichtungen zur militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung eingehen, die in verbindlichen nationalen Dokumenten festgelegt und in bilateralen Abkommen mit der Ukraine vereinbart werden. Die 10jährige Verpflichtung ist als Sicherung gegen die von Trump angekündigte Beendigung der Ukraine-Unterstützung gedacht. Sie soll jedoch auch verhindern, dass ein Regierungswechsel in einem europäischen Staat zu einem Kurswechsel führt. Großbritannien hat bereits einen entsprechenden Vertrag mit der ukrainischen Regierung geschlossen. Die Bundesregierung ist offenbar ebenfalls bereit, diese 10jährige Unterstützung- und Beistandsverpflichtung einzugehen. Falls alle NATO-Staaten diesem Beispiel folgen, käme dies einer NATO-Mitgliedschaft durch die Hintertür gleich, jedenfalls soweit es um die kollektive Verteidigung nach Artikel 5 des NATO-Vertrages geht. Deshalb gibt es in den USA auch Überlegungen, mit der Ukraine einen Mechanismus vergleichbar dem nach Artikel 4 zu vereinbaren, wonach die Mitgliedstaaten "einander konsultieren (werden), wenn nach Auffassung eine(s) von ihnen die Unversehrtheit des Gebietes, die politische Unabhängigkeit oder die Sicherheit einer der Parteien bedroht sind."



Bisher scheint die Ukraine nicht bereit zu sein, diesen Plan umzusetzen. Der ukrainische Präsident hat sich zu einer Defensivstrategie bereits mehrfach, u.a. in Davos, negativ geäußert. Er setzt nach wie vor auf eine offensive Operationsführung, zu der die ukrainischen Streitkräfte allerdings für die vorhersehbare Zukunft nicht in der Lage sind.

In diesem Zusammenhang erhält das Zerwürfnis zwischen Selenskyj und dem militärischen Oberbefehlshaber, General Saluschnyj, besondere Bedeutung, das zu Saluschnyjs Entlassung führte. Zuletzt ging es darum, wer die Verantwortung für die Mobilisierung von 500 000 Soldaten zum Ausgleich der hohen personellen Verluste übernehmen soll. Entscheidend waren aber die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten über die Operationsführung, die Erreichbarkeit der politischen Ziele in diesem Krieg und die öffentliche Darstellung der militärischen Erfolge beziehungsweise Misserfolge.

Saluschnyj hatte vor der vom Westen mit großen Erwartungen und unrealistischen Erfolgsaussichten begleiteten ukrainischen Offensive die Voraussetzungen für einen Erfolg präzise definiert und seine Skepsis geäußert, falls diese nicht erfüllt würden. Er hat auch, anders als es der vor allem von amerikanischen und britischen Offizieren erarbeitete Operationsplan vorsah, einen abweichenden Kräfteansatz gewählt, der stärker den aktuellen Gegebenheiten auf dem Gefechtsfelde Rechnung trug. Schließlich hat er Anfang November 2023 öffentlich eingestanden, dass die Offensive ein Fehlschlag war. Saluschnyj setzte sich damit in einen offenen Gegensatz zu seinem Präsidenten, der die Lage durchweg übertrieben positiv darstellte und dafür bei den westlichen Politikern und in den Medien größte Aufmerksamkeit und Bestätigung erfuhr. Saluschnyj genießt dagegen – nach meiner Auffassung zurecht – höchstes Ansehen in den Streitkräften und in der Bevölkerung.

Vor kurzem hat er in einem persönlichen Beitrag erneut die Voraussetzungen für einen militärischen Sieg der Ukraine genannt. Er fordert, dass der Westen die ukrainischen Streitkräfte mit Systemen ausrüstet, die ihnen eine technologische Überlegenheit über den Angreifer verschafft. Ich bin überzeugt, er weiß, dass dies innerhalb von fünf Monaten, wie er es verlangt, unmöglich ist, und dass die USA dazu auch nicht bereit sind. Selenskyj hatte Saluschnyj vor Kurzem zum Rücktritt aufgefordert, was dieser ablehnte. Seine Entlassung erfolgt in einer äußerst kritischen Phase. Es wird sich schon sehr bald zeigen, dass Selenskyjs Entscheidung ein großer Fehler ist.

Nach dem Scheitern der ukrainischen Offensive wächst in Europa die Furcht, Russlands strategisches Ziel sei die Eroberung der gesamten Ukraine, um danach das Baltikum bzw. Polen anzugreifen und einen Krieg mit der NATO zu beginnen.

In deutschen Medien wird schon seit einiger Zeit die These verbreitet, dass der Angriff auf die Ukraine Teil einer langfristigen imperialen Strategie sei, den Einflussbereich der Sowjetunion zurückzuerobern. Seit sich die militärische Lage eindeutig zugunsten Russlands neigt, wird von "Militärexperten" geradezu hysterisch anschwellend Kriegsfurcht verbreitet. Ob dies aus Unkenntnis, ideologischer Verengung, purer Wichtigtuerei geschieht oder um die das Bemühen um die Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit zu rechtfertigen, ist nicht immer eindeutig erkennbar. Dass die NATO nach vielen Jahren wieder ein größeres, wenn auch vergleichsweise bescheidenes Manöver durchführt, halte ich für selbstverständlich. Schließlich haben sich die strategischen Rahmenbedingungen seit dem letzten großen Manöver 1988 erheblich verändert. Durch die von einem russischen Angriff ausgehende öffentlich gemachte Ausgangslage trägt die NATO jedoch offensichtlich bewusst dazu bei, die Kriegshysterie zu schüren.



Ich habe allerdings nicht den Eindruck, dass die Stimmungsmache in weiten Teilen der Bevölkerung Kriegsfurcht auslöst. Offensichtlich wollen vor allem diejenigen, die noch vor einiger Zeit den militärischen Sieg beziehungsweise den Kriegsgewinn der Ukraine prognostizierten, bedenkenlos die weitere Unterstützung der Ukraine mobilisieren, indem sie behaupten, eine ukrainische Niederlage werde Russlands Machthunger nicht befriedigen, und es werde deshalb vor einem Angriff auf NATO-Staaten nicht zurückschrecken. Deutschland und Europa stünden vor einem Jahrzehnt der Konfrontation durch Russland.

Es ist schon bemerkenswert, dass Politiker mit der Vermutung eines angeblich bevorstehenden russischen Angriffskrieges die Forderung nach einer deutlichen Erhöhung der Verteidigungsausgaben zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit begründen. Mehr als ein Jahrzehnt haben sie den Verfassungsbruch hingenommen haben, der 2011 durch die sogenannte "Neuausrichtung" der Bundeswehr entstanden ist. Um es ganz deutlich zu sagen: Wir brauchen keine, im Übrigen auch gefährliche Kriegshysterie, um zu begründen, dass die Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung fähig sein muss. Es reicht, endlich den Verfassungsauftrag zu erfüllen.

Bleibt also die Frage, ob es überzeugende Belege dafür gibt, dass Russland in wenigen Jahren nicht nur dazu fähig sein wird, die NATO anzugreifen, sondern sich auch darauf vorbereitet, weil Russland dies beabsichtigt. Eine Voraussetzung für einen Angriff auf NATO-Staaten wäre die Eroberung der gesamten Ukraine, um sich für den Angriff eine geeignete Ausgangsbasis zu schaffen. Bei seinem Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 hat Russland etwa 190.000 Soldaten gegen eine mehr als doppelt so starke ukrainische Streitmacht eingesetzt, die vom Westen hervorragend ausgebildet und ausgerüstet worden war. Dass damit die Eroberung der gesamten Ukraine unmöglich war, musste auch der russischen Führung klar gewesen sein. Im Zuge der Istanbulen Friedensverhandlungen Ende März 2022 hat Russland dann aufgrund des für beide Seiten positiven Verlaufs und als Zeichen des guten Willens seine Truppen aus den eroberten Gebieten um Kiew abgezogen und den vollständigen Rückzug auf den Stand vor Angriffsbeginn vertraglich zugesichert.

Insofern gehe ich davon aus, dass der Angriff auf die Ukraine nicht Teil eines imperialen Plans zur Rückeroberung des ehemaligen sowjetischen Einflussbereiches beziehungsweise darüber hinaus ganz Europas ist. Natürlich können sich Kriegsziele im Verlauf eines Krieges ändern. Ob die Vermutungen der russischen Angriffsabsichten zutreffen, ließe sich übrigens durch einen Waffenstillstand und anschließende Friedensverhandlungen feststellen. Zudem könnte das Verhandlungsergebnis Regelungen enthalten, die ausschließen, dass ukrainisches Territorium von Russland als Aufmarschgebiet für einen Angriff auf Mitteleuropa genutzt werden kann. Darüber hinaus könnten mit Russland Vereinbarungen geschlossen werden, die vor allem die Sicherheit der baltischen Staaten erhöhen, aber auch insgesamt zu größerer Stabilität zwischen der NATO und Russland beitragen. Ich denke beispielsweise an einen aktualisierten KSE-Vertrag über die Begrenzung konventioneller Streitkräfte mit neuen Flankenregelungen und an vertrauensbildende militärische Maßnahmen, die zu größerer Transparenz und Vorhersehbarkeit des politisch-militärischen Handelns beitragen.

Offenbar geht es Moskau jedoch offenbar vor allem darum, die Ausweitung der NATO durch die Mitgliedschaft der Ukraine bis an die russische Grenze zu verhindern. Russland hat bereits Mitte der neunziger Jahre das Ziel einer strategischen Pufferzone zur NATO – eines „cordon sanitaire“ – verfolgt und diese Idee seit einiger Zeit wieder in der Form einer entmilitarisierten Zone auf ukrainischem Territorium aufgebracht. In letzter Zeit zeigt die russische Operationsführung jedoch auch, dass Russland Vorkehrungen gegen das Risiko trifft, dass westliche Truppen in den Krieg eingreifen könnten, um eine totale Niederlage der Ukraine abzuwenden.



Ich komme noch einmal auf die Möglichkeit zurück, dass Russland die NATO an ihrer verwundbarsten Stelle angreifen könnte.

Ich verstehe die drei baltischen Staaten sehr gut. Sie sind wie die Ukraine ehemalige Sowjetrepubliken mit einem hohen Anteil an russischsprachiger Bevölkerung und erst 1917 unabhängig geworden. Bereits im Juni 1940 kamen die baltischen Staaten durch den Hitler-Stalin-Pakt von 1939 wieder unter sowjetische Herrschaft. Zweifellos sind sie sich auch bewusst, was die sogenannte Medwedew-Doktrin für sie bedeuten könnte. Denn sie besagt, dass „der Schutz des Lebens und der Würde unserer Bürger, wo immer sie auch sein mögen, eine unbestreitbare Priorität unseres Landes ist“. Das muss jedoch nicht heißen, dass es auch tatsächlich konkrete Pläne auf russischer Seite gibt. Die baltischen Staaten haben eine gemeinsame Grenze mit Russland. Übrigens war die Grenze zwischen Estland und Russland lange Zeit strittig. Aber sie sind NATO-Mitgliedstaaten, was bedeutet, dass ein Angriff auf einen oder alle drei Staaten ein Angriff auf die NATO insgesamt wäre. Um diese Tatsache zu demonstrieren, sind bereits Streitkräfte Verbündeter dort stationiert. Deshalb sage ich auch, dass die Sorgen der Balten keineswegs unbegründet sind, ich erkenne jedoch derzeit weder konkrete Angriffsvorbereitungen noch Angriffsabsichten der Russen.

Ich plädiere dafür, dass die Bundeswehr im Rahmen der NATO verteidigungsfähig sein muss.

Unabhängig von den sich immer wieder verändernden sicherheitspolitischen und geostrategischen Rahmenbedingungen sollten alle Mitgliedstaaten der NATO einen angemessenen Beitrag zur kollektiven Verteidigung leisten, um ihre Freiheit, Unabhängigkeit und territoriale Integrität gemeinsam zu gewährleisten. Ich frage mich in letzter Zeit oft, wie Helmut Schmidt auf die gegenwärtige Sicherheitslage in Europa reagieren würde. Er würde wohl sagen, dass ein militärisches Gleichgewicht ein notwendiges, aber kein hinreichendes Element ist, den Frieden zu sichern. Hinzukommen muss das Bemühen, ein militärisches Gleichgewicht politisch zu stabilisieren. Hinzukommen muss der Wille, mit der anderen Seite zu reden und auf ihre Interessenlage einzugehen. Hinzukommen müssen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen sowie Vereinbarungen über größere Transparenz und militärische vertrauensbildende Maßnahmen.

Sowohl auf der militärischen wie auf der politischen Seite liegt seit dem Beginn dieses Jahrhunderts einiges im Argen. Deshalb plädiere ich dafür, die Anstrengungen darauf zu richten, die Bundeswehr wieder in die Lage zu versetzen, ihren verfassungsmäßigen Auftrag der Landes- und Bündnisverteidigung zu erfüllen. Dazu muss die Bundeswehr über aufwuchsfähige Strukturen verfügen, um durch eine problemlose Integration von Reservisten schnell einen aufgabengerechten Verteidigungsumfang zu erreichen, mit einem Personalumfang, der das notwendige Fähigkeitsspektrum abdeckt und einer bedrohungsgerechten und technologisch zukunftsfesten Ausrüstung und Bewaffnung in allen Fähigkeitskategorien. Unsere Verbündeten fürchten nicht ein starkes, sondern ein schwaches Deutschland. Da müssen wir ansetzen und die Bundeswehr wieder zu einer leistungsfähigen Armee auf der Höhe der Zeit entwickeln. Dies wäre übrigens auch ein überzeugendes Signal der Entschlossenheit, keine Verschiebung des militärischen Gleichgewichts zu unseren Ungunsten zuzulassen. Letztendlich ist dies jedoch allein keine hinreichende Bedingung des Friedens und der Sicherheit. Deshalb muss der Wille dazu kommen, das militärische Gleichgewicht durch politische Vereinbarungen zu stabilisieren.

In letzter Zeit wird sogar der Auffassung vertreten, dass die EU eine eigene atomare Abschreckung braucht.

Ich möchte vorausschicken, dass ich es eigentlich nicht für sinnvoll halte, auf derartige Äußerungen von Laien zu reagieren. Aber Diskussion nimmt inzwischen ja einen größeren Raum ein. Wir haben bereits über die Bedeutung eines konventionellen militärischen Gleichgewichts gesprochen. In diesem Zusammenhang möchte



ich betonen, dass eine starke konventionelle Verteidigung die nukleare Schwelle deutlich, möglicherweise sogar entscheidend anhebt. Denn dadurch wird das Risiko einer nuklearen Eskalation verringert. Einerseits, weil wir durch die Fähigkeit zu einer erfolgreichen konventionellen Verteidigung nicht zu einem nuklearen Ersteinsatz gezwungen wären. Andererseits, weil die Abschreckung eines potentiellen Angreifers grundsätzlich erhöht wird, denn er hätte von Anfang zu berücksichtigen, dass er zur Durchsetzung seines Angriffs möglicherweise einen nuklearen Ersteinsatz riskieren müsste.

Gegenwärtig werden zwei Varianten diskutiert, Europa soll Nuklearmacht werden, beziehungsweise und Deutschland soll über Nuklearwaffen verfügen. Frankreich und Großbritannien nehmen als Nuklearmächte und ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates eine Sonderstellung in Europa ein. Die Entscheidung über den Einsatz ihrer Nuklearwaffen bleibt den nationalen Regierungen vorbehalten. Sie werden diese Entscheidungskompetenz nicht mit anderen europäischen Regierungen teilen und schon gar nicht an die Europäische Union abtreten. Die britischen und französischen Nuklearpotentiale sind Teil der nuklearen Abschreckungskomponente der NATO und damit komplementär zu den amerikanischen Nuklearwaffen im NATO-Verbund zu sehen. Ich halte das für eine sinnvolle Regelung.

Wenn wir einmal davon absehen, dass Deutschland verbindlich auf den Besitz von Nuklearwaffen verzichtet hat, stellt sich die Frage, ob die Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen für uns ein Zugewinn an Sicherheit wäre und was dies für die Stellung Deutschlands in der NATO bedeuten würde. Eine ausschließlich nationale Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen ohne deren Integration in das Bündnis und die Abstimmung mit unseren Verbündeten, würde zwar das Risikokalkül eines potentiellen Gegners erschweren, wäre jedoch ein extrem hohes Risiko für Deutschland und für unsere Verbündeten. Denn die Bundesregierung müsste ihre Bereitschaft, diese Waffen im Notfall einzusetzen, glaubwürdig vermitteln können, wissend, dass jeder Nuklearwaffeneinsatz eine Kette von nicht vorhersehbaren Reaktionen mit schicksalhaften Folgen auslösen kann, die unsere Welt für immer verändern. Deshalb würden weder die beiden europäischen Nuklearstaaten noch die USA den Besitz oder die Verfügungsgewalt Deutschlands über Nuklearwaffen unterstützen. Sollten wir jedoch ein deutsches Nuklearwaffenpotential ausschließlich nur im Rahmen der NATO und in Anwendung der NATO-Verfahren einzusetzen beabsichtigen, wäre der Besitz von Nuklearwaffen weder für Deutschland noch für unsere Verbündeten einen Zugewinn an Sicherheit. Und auch unter diesen Bedingungen, würden wir von unseren Verbündeten keine Unterstützung erhalten.

Frankreich hat der Bundesregierung vor einiger Zeit eine Art nukleare Teilhabe angeboten, die in etwa der deutsch-amerikanischen Regelung entspricht. Ich würde davon abraten, weil dies den Rückzug der wenigen amerikanischen Nuklearwaffen aus Europa auslösen und in der NATO zu zwei Zonen unterschiedlicher Sicherheit führen könnte. Denn im Verhältnis zu Russland geht die größte Abschreckungswirkung von der nuklearstrategischen Zweitschlagsfähigkeit der USA aus.

Hat der vom Westen gefeierte Friedensplan Selenskyjs eine reelle Chance, mit Russland ausgehandelt zu werden?

Bisher hat Selenskyj ja noch nicht einmal die Absicht erkennen lassen, den Plan mit Russland zu verhandeln. Auch Selenskyjs Dekret von Anfang Oktober 2022, das Verhandlungen mit Russland verbietet, ist bisher nicht aufgehoben worden. Außerdem würde wohl kein souveräner Staat eine derartige Friedensvereinbarung unterschreiben, es sei denn, er sei gezwungen zu kapitulieren. Offensichtlich gehen Selenskyj und die den Krieg



unterstützenden westlichen Staaten noch davon aus, die Ukraine könnte den Krieg gewinnen. Oder wie es oft heißt, die Ukraine wird siegen, weil sie siegen muss.

In Deutschland wird schon die Tatsache, dass Ende März 2022 in Istanbul eine von beiden Seiten paraphierte Vereinbarung erzielt wurde, unterdrückt oder geleugnet, obwohl dies nicht einmal die ukrainische Regierung abstreitet und ukrainische Verhandlungsteilnehmer bestätigen. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Eine nähere Beschäftigung mit dem Inhalt des Abkommens würde zeigen, dass die Ukraine ein sehr gutes Ergebnis erreicht hatte, das den Krieg nach sechs Wochen zu durchaus annehmbaren Bedingungen beendet hätte. Jeder vernünftige Mensch würde dann jedoch fragen, weshalb Selenskyj nicht bereit war, durch seine Unterschrift den Tod hunderttausender Ukrainer und die Zerstörung des Landes zu verhindern, nachdem er sich sogar in russischen Medien positiv zu den Verhandlungen geäußert hatte. Und jeder vernünftige Mensch würde weiter fragen, warum er und die ihn unterstützenden westlichen Staaten immer noch nicht bereit sind, dem Frieden eine Chance zu geben. Die Politiker, die Anfang April 2022 den Frieden zwischen Russland und der Ukraine verhindert haben, waren offensichtlich überzeugt, Russland könne mit ihrer Unterstützung durch die Ukraine besiegt werden. Dass die eine Fiktion war, sollte inzwischen eigentlich jedem klargeworden sein. Die Ukrainer haben erreicht, wozu ihre Streitkräfte durch westliche Unterstützung in der Lage waren. Der Westen sollte sich nicht weiter Schuld am tragischen Schicksal des ukrainischen Volkes aufbürden.

Wie ist der heutige Stand des Krieges?

Seymore Hersh hat kürzlich geschrieben, der Krieg ist vorbei und Russland hat ihn gewonnen. Wenn man die militärische Lage betrachtet, dann neigt sich das Geschehen eindeutig zugunsten Russlands. Im Grunde sehen wir eine asymmetrische Operationsführung. Die Ukraine versucht unter extrem hohen Opfern, Quadratmeter um Quadratmeter russisch besetzten Territoriums zurückzuerobern. Russland hat sich hingegen auf eine strategische Defensive verlegt mit dem Ziel, den ukrainischen Streitkräften immer größere Verluste beizubringen und die Ukraine wehrlos zu machen. Die vor fast fünf Monaten mit großen Erwartungen begonnene ukrainische Offensive hat nicht die gewünschten Erfolge gebracht.

Nun hat auch der ukrainische Generalstabschef, General Walerijj Saluschnyj, in einem Interview im „*Economist*“ das Scheitern der Offensive eingestanden. Die Ukraine habe die Ziele ihrer Offensive seit dem Sommer weit verfehlt, und sie habe derzeit nicht die Mittel, die russischen Angreifer zu besiegen. Er fordert weitere Unterstützung durch den Westen mit modernen Waffen. Saluschnyj geht von einem Patt und einem langen Stellungskrieg mit enormen Risiken für die Ukraine aus. Nur eine Technologiesprung könne einen Ausweg öffnen. Sein Präsident hat dieser sachlichen Analyse sofort widersprochen und behauptet, es gäbe kein militärisches Patt. In einem ausführlichen Artikel des britischen Time-Magazins behaupten enge Mitarbeiter, Selenskyj habe jeden Bezug zur Realität verloren. Der Artikel trägt als Überschrift ein Zitat Selenskyjs: *Niemand glaubt so an unseren Sieg wie ich. Niemand.*“

In Wahrheit sind die russischen Streitkräfte im Norden der Front, in der Nähe von Kupjansk und Lyman, bereits zu begrenzten Vorstößen übergegangen, was darauf hindeutet, dass sie eine größere Offensive vorbereiten. Zudem haben die Russen erhebliche Kräfte zusammengezogen, die Rede ist von 350.000 Mann. Es ist also davon auszugehen, dass die russischen Streitkräfte versuchen werden, das Territorium, das Präsident Putin am 30. September 2022 zu russischem Staatsgebiet erklärt hat, die Regionen Lugansk, Donezk, Saporischschja und Cherson, vollständig einzunehmen. Ich gehe davon aus, dass auch Odessa zu den Eroberungszielen gehört, weil



es im Verständnis Moskaus eine ur-russische Stadt ist. Damit könnten die Russen eine Verbindung zu ihren Truppen in Transnistrien herstellen – und die Ukraine völlig vom Schwarzen Meer abschneiden.

Unabhängige Militärstrategen wie der Ire Geoff Roberts bewerten die ukrainische Offensive bereits jetzt als gescheitert. Wörtlich sagt er: *"Die Streitkräfte der Ukraine können zwar einige taktische Fortschritte erzielen, es besteht jedoch keinerlei Aussicht auf einen strategischen Durchbruch. Die materiellen und menschlichen Kosten der gescheiterten Offensive waren enorm, und langsam aber sicher verschiebt sich das militärische Gleichgewicht entscheidend zu Gunsten Russlands. Trotz massiver westlicher Hilfe ist die Ukraine eindeutig dabei, den Krieg zu verlieren."*

Die britische Zeitung "Daily Telegraph" schrieb vor Kurzem sogar: *"Die Ukraine und der Westen stehen vor einer vernichtenden Niederlage."*

Bevor dies geschieht, ist jedoch damit zu rechnen, dass sich für die Ukraine und den Westen die Frage stellt, ob den westlichen Waffenlieferungen schließlich westliche Soldaten folgen sollen.

Ich teile die Auffassung, dass die Ukraine auch mit westlicher Unterstützung durch Waffen- und Munitionslieferungen sowie durch die Ausbildung ukrainischer Soldaten Russland militärisch nicht besiegen kann. Selbst die bisher und immer wieder aufs Neue von Laien geforderte Lieferung von "Game Changer" sind nicht die erhofften die "Wunderwaffen", die die strategische Lage zu Gunsten der Ukraine ändern könnten.

Aber der entscheidende Punkt ist: Die ukrainischen Streitkräfte sind in einem äußerst kritischen Zustand. Sie haben mit ihrer Offensive den Durchbruch durch die russischen Verteidigungslinien nicht erreicht. Sie wollten die Landbrücke zwischen Russland und der Krim unterbrechen, und dadurch verhindern, dass Russland die Halbinsel weiter als logistische Drehscheibe nutzen kann. Das ist ihnen nicht gelungen, und es wird ihnen mit ziemlicher Sicherheit auch nicht gelingen. Und nach den hohen Verlusten ihrer Offensive haben die ukrainischen Streitkräfte auch nicht mehr die Kraft, an irgendeiner anderen Stelle des Kampfgeschehens einen Schwerpunkt zu bilden, damit ihnen der Durchbruch doch noch gelingen kann. Letztendlich haben sie nicht mehr das Personal, um die entstandenen Lücken aufzufüllen. Und das ist die entscheidende Ressource.

Die bittere Wahrheit ist, dass die Ukraine trotz massiver Unterstützung durch die USA und Europa mit modernen Waffen keine militärischen Erfolge erzielt hat. Dennoch heißt es in unseren Medien, es müssten mehr Waffen geliefert werden. Doch Waffen können Soldaten nicht ersetzen. Es sieht so aus, als wollte die Ukraine deshalb den Krieg auf eine andere Ebene verlagern, indem sie versucht, mit weitreichenden Waffensystemen tief nach Russland hinein anzugreifen.

Die Amerikaner müssen nun zur Kenntnis nehmen, dass die Ukraine trotz der massiven Unterstützung durch die USA und auch durch die europäischen Verbündeten mit modernsten Waffensystemen keinen militärischen Erfolg erzielt hat. Ihr Problem ist jedoch, dass sie nach wie vor erklären, die Ukraine zu unterstützen, „as long as it takes“ (Deutsch: so lange es erforderlich ist), ohne dass eine strategische Wende zugunsten der Ukraine erreicht wird. Denn

Das Zeitfenster für einen Verhandlungsfrieden könnte sich rasch schließen. Wenn sich der Westen nicht ernsthaft um einen Verhandlungsfrieden bemüht, wird das Schicksal der Ukraine auf dem Schlachtfeld entschieden, und wenn die Waffen schweigen, wird die Ukraine nicht mehr das sein, was sie einmal war.

Der Westen könnte sich deshalb sogar gezwungen sehen, eine vernichtende militärische Niederlage der Ukraine durch sein aktives Eingreifen zu verhindern. Die Einsicht, dass dies eine reale Gefahr ist, wächst. Aber falls der



Westen sein Engagement in diesem Krieg noch einmal steigert, dann steigt auch das Risiko, dass die Eskalation bis zum "Äußersten" geht, einem militärischen Konflikt zwischen der NATO und Russland, mit dem Risiko eines auf den europäischen Kontinent begrenzten Nuklearkrieges, obwohl die USA und Russland ihn vermeiden wollen.

Diese Entwicklung sollte nicht abgewartet werden. Es wäre vor allem im Interesse der Ukraine, so bald wie möglich einen Waffenstillstand anzustreben, der die Tür für Friedensverhandlungen öffnet. Es liegt aber auch im Interesse der europäischen Staaten – die die Ukraine vorbehaltlos, aber ohne eine erkennbare Strategie, unterstützen – zu verhindern, dass der Krieg in der Ukraine zu einem europäischen Krieg um die Ukraine eskaliert. Schließlich vergrößert die Ukraine dieses Risiko sogar, indem sie mit westlicher Unterstützung zunehmend Anschläge gegen die strategische Infrastruktur Russlands, wie beispielsweise am 26.12.2022 gegen den nuklearstrategischen Stützpunkt Engels bei Saratow oder die Kertsch-Brücke unternimmt.

In Anbetracht der verschiedenen Interessen, der Propaganda und Desinformation, die in diesem Krieg ineinander verwoben sind, der Verstrickungen in der Ukraine und um die Ukraine, hat man den Eindruck, dass dies ein unauflösbarer Gordischer Knoten ist. Der Überlieferung nach gelang Alexander dem Großen die Lösung durch das Schwert. Er durchschlug den Knoten, der den Streitwagen des phrygischen Königs Gordios mit den Zugsträngen der Pferde verband und begann dadurch seinen Siegeszug in Kleinasien. So die Überlieferung durch Plutarch. Es gibt aber auch eine andere Überlieferung, die auf den römischen Geschichtsschreiber Lucius Flavius Arrianus zurückgeht. Danach löste Alexander den Knoten durch die Lebendigkeit seines Geistes. Indem er nämlich die Funktion des Deichselnagels für die Widerständigkeit des Knotens erkannte und den Nagel herauszog. Sie verstehen, weshalb ich diese Überlieferung erwähne: Die westliche Politik folgt dem Weg des Schwertes, weil es ihr an der Lebendigkeit des Geistes mangelt, zu erkennen, dass der Deichselnagel des Ukrainekrieges ein Verhandlungsfrieden ist.

#### VIII.

Der amerikanische Fernsehsender NBC berichtet aktuell, dass in der amerikanischen Regierung die Möglichkeit von Gesprächen mit Russland und der Ukraine diskutiert werde. Die Überlegungen würden sich darauf konzentrieren, was die Ukraine aufgeben müsse, um eine Einigung zu erzielen. Die ukrainische Regierung habe wahrscheinlich bis Ende des Jahres Zeit, bevor dringend Gespräche über Friedensverhandlungen beginnen müssten. Möglicherweise hat ja nun doch die Suche nach dem Deichselnagel begonnen.

Ich habe den Eindruck, dass sich auch die Bundesregierung mit ihrem mangelnden sicherheitspolitischen Weitblick und fehlendem strategischem Urteilsvermögen davon beeinflussen lässt. Auf Hegel geht der Satz zurück: *Das Ganze ist die Wahrheit*. Fehlt es, wie in diesem Fall an Erfahrung und Kompetenz und ist das politische Handeln von ideologischen Grundsätzen und Ignoranz geprägt, dann werden nur die Teile vor dem Ganzen gesehen, und das ist dann nicht die Wahrheit, sondern die Unwahrheit.

Deshalb ist die Bundesregierung nicht in der Lage zu erklären, in welchen, durch die deutschen nationalen Sicherheitsinteressen gezogenen Grenzen, die Unterstützung der Ukraine erfolgt. Der Bundeskanzler sagt lapidar: *„Wir werden die Ukraine so lange unterstützen, wie es nötig ist.“* Damit überträgt er seine Verantwortung für das Schicksal unseres Landes auf eine fremde Macht. Denn was nötig ist und wie lange es nötig ist, hängt davon ab, welche politischen und strategischen Ziele die Ukraine verfolgt und ob diese realistisch erreichbar oder reines Wunschdenken ist.



Das Risiko einer Europäisierung des Krieges wird zu einer realen Gefahr. Eine rationale Gesamtstrategie müsste Antworten auf folgende Fragen geben:

- Welche militärischen und politischen Ziele der Ukraine ist die Bundesregierung gewillt zu unterstützen?
- Erfolgt diese Unterstützung nur, soweit die ukrainischen Ziele mit den deutschen Sicherheitsinteressen vereinbar sind oder auch dann, wenn dadurch Gefahren für Deutschlands Sicherheit ausgelöst werden?
- In welchem Ausmaß ist die Bundesregierung bereit, durch Sanktionen verursachte langfristige und möglicherweise irreversible Schäden der deutschen Volkswirtschaft zu akzeptieren?
- Dringt die Bundesregierung im Zusammenhang mit Waffenlieferungen darauf, dass die ukrainische Regierung sich zu Friedensverhandlungen bereiterklärt oder folgt sie ausschließlich einer Kriegsführungsstrategie?

Die Bundesregierung hat bereits am 2. März 2022 eine von der Ukraine verfasste UN-Resolution unterzeichnet, in der es unter anderem heißt: *„Die Generalversammlung fordert nachdrücklich die sofortige friedliche Beilegung des Konflikts zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel.“*

Am 25. Februar wurde eine weitere UN-Resolution verabschiedet, in der der russische Angriff auf die Ukraine verurteilt und der bedingungslose Rückzug der russischen Streitkräfte gefordert wird. Darin werden die Mitgliedstaaten und internationalen Organisationen aufgefordert, *„ihre Unterstützung diplomatischer Anstrengungen zu verdoppeln, um einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine zu erreichen.“*

Zudem ist Deutschland durch das Friedensgebot der Verfassung im besonderen Maße verpflichtet, sich für ein Ende der Kampfhandlungen einzusetzen. Der eindimensionale Ansatz, der sich nur auf die Lieferung von Waffen beschränkt und keine diplomatische Lösung anstrebt, ist nicht nur unpolitisch, sondern auch unmoralisch. Nur das Bemühen, den Krieg mit politischen Mitteln zu begrenzen und auf kürzestem diplomatischem Wege zu beenden, entspricht einer vernünftigen Außen- und Sicherheitspolitik und dient den Interessen der Ukraine ebenso wie unseren.

Es bleibt zu hoffen, dass es gelingt, den Krieg einzuhegen und eine Ausweitung auf ganz Europa zu verhindern. Historiker haben sich immer wieder die Frage gestellt, wie es geschehen konnte, dass die europäischen Mächte in den I. Weltkrieg, der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, taumelten. Hoffentlich müssen sich die Historiker in der Zukunft nicht fragen, wie der Ukrainekrieg zur Urkatastrophe des 21. Jahrhunderts werden konnte.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Geduld und ihre Aufmerksamkeit.

\*\*\*

**Anmerkungen:** Dieser Vortrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und wurde erstmals am 13.02.2024 anlässlich einer Veranstaltung der Eurasien Gesellschaft e.V. in Berlin gehalten.



## Über den Autor dieses Beitrags

---

General a.D. Harald Kujat war 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses und damit auch des NATO-Russland-Rats sowie der NATO-Ukraine-Kommission des Generalstabschefs. Zuvor war er Generalinspekteur der Bundeswehr und Leiter des Planungsstabs des Bundesministers der Verteidigung.



*Harald Kujat (Foto: Thilo Gräser)*